INFORMATIONEN – NACHRICHTEN – MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

G 46983
ISSN 0937-5333
Nr. 94 · Juni 2024



Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN
NACHRICHTEN
MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT



Karsten Bech

Unfassbar und betroffen!!

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

nachdem ich die Bilder und Videos von Mannheim vom 31.05.24 gesehen habe, bin ich sprach- und fassungslos. In einem mörderischen Angriff auf Personen und die Polizei ging ein 25-jähriger Mann aus Afghanistan mit einem Messer gezielt auf Menschen los und nahm sicherlich den Tod der Menschen billigend in Kauf. Unfassbar welche Gewalt hier zum Ausbruch kam und wie rücksichtslos von dem Messer Gebrauch gemacht wurde. Leider hat der Kollege seinen letzten Kampf ums Überleben am 02.06.24 verloren. Unsere Gedanken sind bei seinen Angehörigen. In Gedanken und Gebeten sind wir bei ihnen.

Kaum ist aber diese Schreckensmeldung noch nicht richtig verbreitet, erlauben sich Hassprediger diese Tat noch zu verherrlichen. Kennen wir keine Grenzen mehr? Ist im Internet alles erlaubt? Was sollen die Verletzten und ihre Familien denken? Was ist in unserer Gesellschaft los? Fragen über Fragen. Solch einem menschenverachtenden und widerwärtigen Handeln muss die gesamte Härte des Strafrechts entgegenstehen. Nicht nur in politischen Erstmeldungen, sondern auch am Richtertisch. Nur durch eine höchstmögliche Verurteilung bis hin zur anschließenden Sicherheitsverwahrung muss diesem Handeln auf schärfste entgegnet werden und das ganze schnell und ohne große prozessuale Zeitverzögerungen.

Dass dies kein Einzelfall ist, bestätigt ein paar Stunden später eine Meldung aus Köln. Die Polizei musste von der Schusswaffe Gebrauch machen, da eine Frau die Einsatzkräfte ebenfalls mit einem Messer bedrohte. Messerangriffe zählen zu den gefährlichsten Angriffen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Ein anfänglich gehaltener Sicherheitsabstand kann in ein paar schnellen Schritten überwunden werden und es können mit dem Messer verheerende Verletzungen herbeigeführt werden. Selbst ein kleines Cuttermesser ist in den falschen Händen eine tödliche Waffe. Da auch die statistische Zahl Tatmittel „Messer" ansteigend ist, müssen unsere Kolleginnen und Kollegen immer mehr auf Eigensicherung und Eigenschutz

Inhalt

Vorwort	3
Nordlichter – Aurora Borealis	5
Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte	8
Ein Angriff auf die demokratischen Prinzipien	9
Mein „Erlebnis" Tarifverhandlungen 2024	11
Sind Führungskräfte „Leistungsträger Polizei"	12
Hände weg – wir sind eure Rettung	15
Schluss mit den politischen Scheindebatten	16
Demonstration und Streik in Frankfurt	17
Internationaler Frauentag	19
Demokratie leben – Veranstaltung in Rodenbach	20
Beihilfeseminar im PP in Offenbach	20
Neuer Leiter der Polizeistation Maintal	22
Bernhard Langer verstorben	23
Organisationsfrust – Seminar	23
Weihnachtsfeier der KG Main-Kinzig	26
Ganzheitliche Gesundheitsangebote	27
Anlassen – „Aufgeladen unterwegs"	27
Seniorenseminar in Zella	29

Titelbild: Jochen Reith

achten. Denn in solche Situationen kann jeder in seinem Dienst geraten. Gerade aufgrund dieser Tatsachen und der immer mehr werdenden Fälle der Gewalt gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen, hatten wir erst kürzlich als GdP zur Demonstration aufgerufen, um auf die ansteigenden und besorgniserregenden Zahlen aufmerksam zu machen. Unsere Kolleginnen und Kollegen geben für die Bürgerinnen und Bürger „Innere Sicherheit". Jetzt ist es dringend an der Zeit, Zeichen zu setzen. Der Rechtsstaat muss sich schützend vor seine Polizei stellen. Es muss allen klar sein, solch ein Handeln hat automatisch eine jahrelange Haftstrafe zur Folge. Rechtstaatliches Handeln gehört abgesichert und wird nicht nur von der Polizei, sondern auch von der Bevölkerung und ggf. interessierten Nachwuchsbewerberinnen und -bewerbern beobachtet.

Passt auf Euch und Eure Kolleginnen und Kollegen auf und kommt gesund von Euren Einsätzen wieder nach Hause. ■

Euer
Karsten Bech

Gemeinsam sind wir stark - darum GdP!

Gewerkschaft der Polizei
www.gdphessen.de

OSTHESSEN ERSCHEINT IN GANZ NEUEM LICHT...

Aurora Borealis – nein, es handelt sich nicht um eine neue Art von Krankheit oder Pandemie, aber man hätte es fast meinen können.

Hunderte von Menschen strömten Mitte Mai des Nächtens auf den höchsten Berg Hessens um sich ein seltenes Naturschauspiel anzuschauen.

Letztmalig war ein solches Schauspiel in dieser Stärke im Jahr 2003 zu beobachten. Die Chance Polarlichter in diesem Ausmaße beobachten zu können, hängt ganz entscheidend von der Stärke der Sonnenstürme ab, die auf die Erde treffen. Da es sich in diesem Jahr gleich um fünf starke Sonnenstürme handelte, die sich kurz hintereinander auf den Weg zur Erde machten, konnte man an drei aufeinanderfolgenden Tagen die Polarlichter in unseren Breiten beobachten.

Da die Wasserkuppe mitten im Sternpark Rhön liegt, findet man dort beste Bedingungen um nachts den Himmel beobachten zu können, da die Lichtverschmutzung sehr gering ist. Was an dem Wochenende im Mai hinkam, waren optimale Wetterbedingungen. Eine sternenklare Nacht bot den Schaulustigen auf der Wasserkuppe die besten Voraussetzungen um das Naturspektakel im Norden zu beobachten.

Dies nahmen natürlich unzählige Schaulustige zum Anlass, mitten in der Nacht auf die Wasserkuppe zu fahren um sich den rosa und grün leuchtenden Nordhimmel zu betrachten. Dass bei einem solchen nächtlichen Ansturm auf den höchsten Berg Hessens die Polizei ihrer Aufgaben gerecht werden musste,



POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PASt Langenselbold, PASt Bad Hersfeld, PASt Petersberg

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)
Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud
Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Andreas Jochum, Stephan Buschhaus
Redaktion/Redaktionsanschrift:
GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda
Druck und Verarbeitung:
Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)



dürfte für jeden selbstverständlich sein. So bestreiften die Kolleginnen und Kollegen der Polizeistation Hilders die Parkplätze und überwachten die Situation an und auf der Wasserkuppe. „Man musste bei der Anfahrt aufpassen, dass man im Dunklen nicht noch eine Person an- bzw. umgefahren hätte", so ein Kollege der Polizeistation Hilders.

In allen Bereichen standen die Naturfreunde. Sie blickten in den Nachthimmel und fotografierten. Vom Handy bis zur Profiausstattung war in dieser Nacht alles anzutreffen.

Doch selbst unter optimalen Bedingungen konnte es sein, dass man mit dem bloßen Auge das Polarlicht kaum oder nur ganz schwach sehen konnte. Für die Beobachtung der Polarlichter in der Nacht, muss sich das Auge erst an die Dunkelheit gewöhnen. Schon ein kurzer Blick auf das Handydisplay kann die Dunkeladaption des Auges wieder zu Nichte machen und man muss erneut warten.

Auch das Fotografieren der Polarlichter stellte so manchen Schaulustigen vor Probleme. Entsprechende Einstellungen, sowie ein ruhiges Händchen sind ganz entscheidend für gute und gelungene Aufnahmen des nächtlichen Naturschauspiels. Auf Grund seiner Ausbildung und Erfahrung als „Besi" ist es unserem Kollegen gelungen die hier beeindruckenden Aufnahmen zu fertigen. ■

BZG OH





ÜBERTRAGUNG DES TARIFERGEBNIS AUF BEAMTE

DIE ANERKENNUNG BEI DEN UNTEREN BESOLDUNGSGRUPPEN BLEIBT AUS

Keine Besoldung von gestern! Der angekündigte Gesetzentwurf zur Übertragung des Tarifergebnisses wurde erwartungsgemäß als Fraktionsgesetz der Regierungsfraktionen vorgelegt. Pünktlich zur Plenarsitzungswoche vom 14.-16. Mai des hessischen Landtags wurde er veröffentlicht und im Landtag beraten. Der erhoffte faire Wurf blieb leider aus! Respektlos für viele Beschäftigte.



Während es im Tarifbereich eine soziale Komponente gibt, nämlich ein Sockelbetrag von mindestens 200,- Euro, bleibt die besondere Anerkennung bei den unteren Besoldungsgruppen für die Landesbeamten aus.

Das betrifft Feuerwehr, Justiz und Polizei im besonderen Maß! Das Tarifergebnis wurde zwar zeit- aber nicht inhaltsgleich übertragen. Das Schlüsselwort heißt hier „systemgerecht". Dies führt dazu, dass über 50 Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen von A 9 bis A 11 nicht die Mindestanhebung von 200 € am 1. Februar 2025 erreichen.

Stattdessen wird eine prozentuale Erhöhung der Bezüge von 4,8 Prozent gewährt.

Um den Unterschied deutlich zu machen, vergleichen wir mal eine Kollegin in der A 9 und einen Polizeivizepräsidenten.

In der A 9 in Stufe 2 bedeutet dies eine Erhöhung des Grundgehalts am 01.02.2025 um ca. 145 €.

Dagegen wird der Polizeivizepräsident in der B 2 zum 01.02.2025 mit ca. 405 € mehr nach Hause gehen.

In der Begründung für dieses Vorgehen macht sich der Gesetzgeber Entscheidungsgründe des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel zu eigen. Wenn es jedoch darum geht, die verfassungswidrige Besoldung endlich auszugleichen, spielt man auf Zeit und ignoriert den VGH, bzw. wartet auf das Urteil aus Karlsruhe.

Hier wurde erneut eine Chance vertan, gerade den jungen Kolleginnen und Kollegen entgegen zu kommen und den Dienstherrn Land Hessen als modernen und fairen Arbeitgeber zu präsentieren.

Dass das Tarifergebnis in Summe ein durchaus gutes ist, wollen wir an dieser Stelle gar nicht in Abrede stellen. Es gab verschiedene Möglichkeiten aus einem guten Tarifergebnis ein sehr gutes zu machen und der Konkurrenz aus Bund und Ländern ein deutliches Zeichen zu senden.

Die soziale Komponente bei der Besoldung war eine Möglichkeit, die erste Erhöhung noch in 2024 durchzuführen wäre eine andere gewesen. Beides will man partout nicht umsetzen.

Die Übertragung des Tarifergebnisses beginnt mit den drei Raten à 1000 € (TZ und Versorgungsempfänger anteilig) der Inflationsausgleichszahlung. Anwärter erhalten jeweils 500 € dieser Zahlung. Sie erfolgen im Juni, Juli und November 2024.

Als nächster Schritt folgt dann die „systemgerechte" Erhöhung (ohne Sockelbetrag) in Form der Anhebung des Grundgehalts in Höhe von 4,8 % zum 1. Februar 2025. Daran schließt sich eine weitere Erhöhung um 5,5 % im August 2025 an.

Unter dem Strich können sich etwa 10,5 % Steigerung durchaus sehen lassen. Die Stufe 2 der Erhöhung zum 1. August 2025 basiert dann auf dem erhöhten Gehalt vom Februar 2025.

Alles in allem müssen wir aber konstatieren, dass der Gesetzgeber, in diesem Fall die Landesregierung, mit dem Abweichen von der sonst üblichen Praxis der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung abzusehen, gezeigt hat, wie es mit der Wertschätzung aussieht.

Wer insbesondere die unteren Gehaltsgruppen so benachteiligt, darf sich nicht wundern, weshalb wir nicht mehr alle zur Verfügung stehenden Stellen im Polizeibereich besetzen können. Traurig!

Ein deutliches Zeichen: Nur SPD und FDP stellten sich einer Diskussion

Anlässlich der Beratungen des Gesetzes im hessischen Landtag ließ es sich eine Delegation der GdP nicht nehmen, am 14. Mai vor Ort auf dieses ungerechte und von Ignoranz geprägte Gesetz aufmerksam zu machen. Der DGB-Vorsitzende Hessen-Thüringen, Michael Rudolph, war ebenso anwesend wie einige Feuerwehrvertreter von verdi.

Während Pressevertreter die Meinung der GdP Hessen in ihre Berichterstattung aufnahmen, glänzten im Landtag vertretene Fraktionen durch Abwesenheit.

Lediglich Abgeordnete von SPD und FDP stellten sich vor Ort den Fragen der GdP und hörten sich unsere Argumente an.

Steuerfreie Sonderzahlungen:

- 3 Zahlungen in Höhe von je 1000 Euro (Vollzeit), anteilig bei Teilzeit
- 3 Zahlungen in Höhe von je 500 Euro für Empfänger*innen von Anwärterbezügen/ Unterhaltsbeihilfen
- 3 Zahlungen für Versorgungsempfänger*innen entsprechend des individuellen Ruhegehaltssatzes
- Auszahlungen finden im Juni, Juli und November 2024 statt

Lineale Besoldungserhöhungen:

- Zum 1. Februar 2025 um 4,8 Prozentpunkte
- Zum 1. August 2025 um weitere 5,5 Prozentpunkte
- Auf Dienst-, Amts- und Versorgungsbezüge, Grundgehaltssätze, Familienzuschlag, Amtszulagen, allgemeine Stellenzulage
- Anpassung der Mehrarbeits-/Polizeimehrarbeitsvergütung



Vertreter der SPD und FDP im Gespräch





Gerade von der CDU, die schließlich auch federführend die Tarifverhandlungen führte, hätten wir doch erwartet, sich zu stellen. Wertschätzung für die Landesbeschäftigten sieht anders aus.

Was ist diesmal anders?

Die Regierungsfraktionen von CDU und SPD haben es möglich gemacht, dass eine Abkopplung vom Tarifabschluss des TV-H stattfindet, keine komplette Übernahme also. Zu eigen machen sie sich völlig absurderweise die aus ihrer Sicht einschlägigen Argumente des VGH in Kassel.

Zur Erinnerung:

Tariflich vereinbart wurde für den TV-H in diesem Jahr eine Einkommenssteigerung für die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen zum 1. Februar 2025 um 200 Euro und zum 1. August 2025 um weitere 5,5 Prozent, insgesamt jedoch mindestens um 340 Euro.

Nun soll der Sockelbetrag von 200 Euro nicht auf die Beamtenschaft übernommen werden. Die Begründung im Gesetzentwurf ist ein Hohn, macht man sich hier doch ein Argument zu Nutze, das in Hessen zur Verfassungswidrigkeit der Besoldung geführt hat.



Aktive Unterstützung der Senioren

Zitat aus der Gesetzesbegründung:

„Da sich jede Erhöhung um einen Sockel-, Mindest- oder Festbetrag auf das verfassungsrechtliche Abstandsgebot der amtsangemessenen, abgestuften Alimentation negativ auswirkte und zu einer leistungsfeindlichen Einebnung der Abstände zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen führte, war die Umrechnung von tariflich vereinbarten Sockel-, Mindest- und Festbeträgen in lineare Prozentpunkt erforderlich."

Faktenprognose

Von dieser Umrechnung in eine lineare Anhebung um 4,8 Prozentpunkte profitieren Bedienstete der höheren Besoldungsgruppen sowie der Besoldungsordnungen B, W und R. Bedienstete bis einschließlich A10 Stufe 6, A 11 Stufe 3 und A 12 Stufe 2 haben weniger als bei einer Übertragung des Sockelbetrags.



Wir werden in den weiteren Diskussionen nicht nachlassen, ihnen diese Trickserei vorzuhalten, auch bei der verfassungswidrigen Besoldung.

Wir bleiben dabei:

Gerechte Besoldung - jetzt! ■

JM/DK/PW

EIN ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATISCHEN PRINZIPIEN

LANDESREGIERUNG DULDET WEITER DEN VERFASSUNGSBRUCH BEI DER BESOLDUNG

Es ist absolut inakzeptabel und beunruhigend zugleich, wie unsere Regierung fortdauernd die Verfassung bricht. Noch immer ist die hessische Besoldung seit vielen Jahren verfassungswidrig.

Die Verfassung ist das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft und bildet die Grundlage für alles staatliche Handeln. Wenn die Regierung in Hessen sich immer noch über die Verfassung hinwegsetzt, untergräbt sie nicht nur die Rechtsstaatlichkeit, sondern auch das Vertrauen der Menschen in die Integrität und Legitimität ihrer Regierung.

Das Brechen der Verfassung ist ein direkter Angriff auf die demokratischen Prinzipien und die Gewaltenteilung, die dazu bestimmt sind, Machtmissbrauch zu verhindern und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn eine Regierung sich über die verfassungsmäßigen Grenzen hinwegsetzt, ist dies nicht länger hinnehmbar. Auch eine aus ihrer Sicht bereits erfolgte Korrektur durch zweimal 3 % Gehaltssteigerung führt nicht zur Verfassungsmäßigkeit unserer Besoldung.

Es gab viele Ankündigungen zu einer Besoldungsrepararatur, auch insbesondere rückwirkend. Nichts ist geschehen bisher. Die neue Regierung führt das Hinhalten der Vorgängerregierung fort.

Eine Regierung, die die Verfassung bricht, verletzt das Vertrauen der Beschäftigten.

Dies ist nicht nur ein klarer Verstoß gegen die Grundprinzipien der Verfassung, sondern auch ein direkter Angriff auf die Rechte und den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.

Indem die hessische Regierung die Verfassungswidrigkeit der Besoldung ignoriert oder toleriert, zeigt sie ein alarmierendes Maß an Gleichgültigkeit gegenüber den rechtlichen Rahmenbedingungen und den grundlegenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.

Es sendet ein gefährliches Signal aus, dass eine Regierung sich über Rechtsprechung hinwegsetzen kann, wenn es ihr opportun erscheint. Die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Verfassung sind keine Verhandlungssache, sondern Grundvoraussetzungen für eine gesunde und funktionierende Demokratie.

Die Begründung der nicht inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten ist ein weiteres Besorgnis, bedient man sich doch ausgerechnet darin den Argumenten aus dem Urteil, dass die Verfassungswidrigkeit belegte.

Fakt ist: Sie ist und bleibt rechtswidrig! ■

Peter Wittig

MEIN „ERLEBNIS“ TARIFVERHANDLUNGEN 2024

Am 14. Februar 2024 wurden die Verhandlungen zum TV-H eingeleitet, die 2. Runde fand am 6. und 7. März in Dietzenbach statt, bevor die abschließende 3. Runde am 14. und 15. März in Bad Homburg mit einem Ergebnis endete. Bis dahin lag noch kein Angebot des Arbeitgebers, vertreten durch Innenminister Poseck, vor. Es hört sich alles sehr trocken an, doch steckt wahrlich mehr dahinter. Hier also meine Erlebnisse.



Ich konzentriere mich dabei auf die abschließende 3. Verhandlungsrunde in Bad Homburg. Nach Eintreffen der Mitglieder der GdP-Tarifkommission am frühen Morgen und der Begrüßung durch unseren GdP-Verhandlungsführer Jens Mohrherr standen zunächst organisatorische Dinge für den Ablauf der Tarifverhandlungen auf dem Programm.

Warten auf die Verhandlungsführer

Bis zum geplanten Eintreffen der Arbeitgeberseite um 13:00 Uhr überbrückten interessante Vorträge des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Rene Klemmer und unserem Tarifvorstand Heinz Schiskowsky die Zeit. Im Mittelpunkt standen dabei die bereits erfolgten Abschlüsse im TVöD und TvL.

Um der Verhandlungskommission des Landes einen gebührenden Empfang zu bereiten, versammelten sich die Mitglieder aller an den Tarifverhandlungen beteiligten Tarifkommissionen und eine Vielzahl von weiteren Gewerkschaftsmitgliedern gegen 12:15 Uhr vor dem Haupteingang des Tagungsortes.

Offenbar konnte Minister Poseck gar nicht den Beginn der Verhandlungen abwarten. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Beuth (der ließ die Tarifkommissionen nämlich immer sehr gerne auf seinen „Auftritt“ bei den Tarifverhandlungen warten), trifft Dr. Roman Poseck bereits um 12:45 Uhr mit seinen Personenschützern auf dem Vorplatz des Kurtheaters Bad Homburg ein.

Gewerkschaftliche Begrüßung

Dort wird er lautstark von den anwesenden Gewerkschaften mit Trillerpfeifen, Tröten und anderen akustischen Stimmungsmachern in Empfang genommen.

Es folgten Redebeiträge der einzelnen Gewerkschaftsvertreter und des Ministers. Die Forderungen an das Land Hessen werden vielfach wiederholt und sind unmissverständlich klar:

10,5 % mehr Gehalt oder mindestens 500,- Euro pro Monat, Zahlung eines Inflationsausgleichs, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 260,- Euro, sowie eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach abgeschlossener und bestandener Berufsausbildung und die zeitnahe Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen/Beamten des Landes Hessen. Und dies JETZT.

Die weiteren Zeitabläufe

14:00 Uhr: Start der Tarifverhandlungen unter Beteiligung der einzelnen Verhandlungsführer und dem Minister.

15:30 Uhr: Jens Mohrherr berichtet von der 1. Gesprächsrunde und teilt die ersten Eindrücke der Gespräche mit. Er beschreibt es mit konstruktiv und sachlich. Zunächst wurde eine Aussprache über sämtliche Forderungen der Gewerkschaften geführt. Aber auch die Forderungen nach „Elterntagen“ für eheähnliche Partnerschaften und das Thema „Fachkräftezulage“ wurden angesprochen. Ebenso die Zahlung eines Inflationsausgleichs. Prognose waren hier schon drei Zahlungen von jeweils 1000,- Euro. Eine jedoch strikte Absage des Innenministers gab es allerdings jetzt schon in Sachen „Polizeizulage/Gefahrenzulage Wachpolizei“. Diese sei aufgrund der aktuellen Vergütung der in den Entgeltgruppen 8/9 bereits abgegolten.

16:30 Uhr: Treffpunkt zur nächsten Gesprächsrunde nach einer vorherigen Zwischenberatung.

17:10 Uhr: Jens kommt von der 2. Runde der Gespräche zurück. Er teilt der GdP Tarifkommission mit, dass sich „Sand im Getriebe“ befindet,

Dieser Sand ist der Verhandlungsführer Verdi. Sie, der DBB und die Landesregierung haben offenbar schon Vorabgespräche geführt, ohne die restlichen Gewerkschaften über diese Ergebnisse zu informieren.

So soll auch wohl die Ablehnung der „Gefahrenzulage Wachpolizei“ zustande gekommen sein. Rene Klemmer erkennt Parallelen zu den Verhandlungen des TV-L. Hier habe Verdi ähnliches Verhalten an den Tag gelegt. Dies kann und wird so nicht hingenommen und wird zeitnah mit Verdi kommuniziert werden.

19:00 Uhr: Treffpunkt zur 3. Gesprächsrunde und Fortführung der Verhandlungen.

19:45 Uhr: Bericht von Jens zur 3. Gesprächsrunde Thema war jetzt die Inflationsausgleichszahlung. Man denkt über eine Einmalzahlung, der Auszahlung in 3 Raten, oder über eine monatliche Zahlung nach. Alle drei Varianten bergen Vor-und Nachteile. Ferner wurde über die Tage der Freistellung für Gewerkschaftsmitglieder diskutiert. Es soll bei den bekannten 8 Tagen bleiben. Bei der Übernahme von Auszubildenden will die Landesregierung an der Note „bis befriedigend“ festhalten.

20:30 Uhr: Die Gewerkschaften erwarten das 1. Angebot der Landesregierung.

21:05 Uhr: Ende der 4. Gesprächsrunde mit folgendem Angebot der Landesregierung: 3000,- Inflationsausgleichszahlung, aufgeteilt in 3 mal 1000,- Euro, dazu einen Sockelbetrag von 200,- Euro. Dieser soll allerdings in 2 x 100,- Euro aufgeteilt werden, einmal 100,- Euro zum 01.02.2025 und die zweiten 100,- Euro zum 01.08.2025. Zudem soll zum 01.08.2025 eine Erhöhung von 5,5 % auf das jeweilige Entgelt der einzelnen Entgeltgruppen erfolgen. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll insgesamt 25 Monate betragen.

21:40 Uhr: Zum Angebot folgt eine Diskussion in der Tarifkommission. Insbesondere über die lange Zeit, bis es zur ersten Auszahlung der Gelder kommt. Jens gibt zu bedenken, dass dies das erste vernünftige Angebot in den laufen Tarifverhandlungen sei. Ebenfalls sieht er noch

„Luft nach oben" für die folgenden Gesprächsrunden. Das Angebot, am Beispiel einer EG 9a erläutert, würde eine Erhöhung der Bruttobezüge vum 437,17 Euro bedeuten. In Prozentzahlen ausgedrückt wäre das eine Erhöhung um 10,6 %.

22:55 Uhr: Es beginnt die 5. Gesprächsrunde und endet um 23:25 Uhr mit folgendem Angebot der Landesregierung: Sockelbetrag von 200,- Euro, eventuell zum 01.03.2025 und 5,5 % obendrauf ab 01.08.2025. Außerdem wird weiterhin über eine Fachkräftezulage von 1500,- Euro gesprochen. Die Jahressonderzahlung soll bis zur EG 8 wieder auf 90 % und ab der EG 9 auf 60 % angehoben werden. Aktuell liegen sie bis zur EG 8 bei 81 % und ab der EG 9 bei 55 %.

00:45 Uhr: Es startet die 6. Gesprächsrunde und endet kurz darauf mit dem Vorschlag des IM mit 200,- Euro zum 01.02.2025 und 5,5 % mehr Lohn ab 01.08.2025. Die Tarifkommission der GdP und der anderen Gewerkschaften signalisieren hierzu ihre Zustimmung, wollen aber sich damit noch nicht zufrieden geben und fordern weitere Verhandlungsrunden im Anschluss.

01:30 Uhr: Es folgen noch zwei weitere Verhandlungsrunden.

03:25 Uhr: Der finale Vorschlag an die Gewerkschaften für den neuen TV-H erfolgt und wird den einzelnen Tarifkommissionen vorgelegt. Dieser gliedert sich wie folgt:

- Inflationsausgleichszahlung steuer- und abgabefrei in 2024 von 3 x 1000,- Euro, Zahlung im Mai, Juli und November
- Einen Sockelbetrag für alle von 200,- Euro, Auszahlung ab Februar 2025.
- Prozentuale Erhöhung der Tabellenwerte für den Tarifbereich um 5,5 % ab August 2025.
- Erhöhung der Jahressonderzahlung bis EG 8 auf 90 %, ab EG 9 auf 60 %.
- Auszubildende erhalten ab Februar 2025 eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100,- Euro pro Monat und ab August 2025 nochmal eine Erhöhung um 50,- Euro pro Monat.
- Das Landesticket bleibt weiterhin Bestandteil des TV-H.
- Ferner kündigt die Landesregierung eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für den Bereich der Beamten an.

Tarifkommission stimmt zu

Nach einer anschließenden Diskussion stimmen alle Tarifkommissionen diesem Vorschlag zu und der neue Tarifvertrag ist „unter Dach und Fach". Die Laufzeit des neuen TV-H beläuft sich vom 01.02.2024 bis zum 31.01.2026.

Es folgten redaktionelle Dinge durch den Landesvorsitzenden der GdP. Zeit für den Rest der Kommissionen, in eine wohlverdiente Ruhepause nach über 15 Stunden Tarifverhandlungen einzutreten.

Nach einer wirklich kurzen Nacht trafen wir uns nach dem Frühstück erneut, um weitere redaktionelle und administrative Dinge zu besprechen.

Dazu gehörten auch durch einzelne Mitglieder der Tarifkommission gegebene Statements vor der Kamera des Hessischen Rundfunks.

Gegen 13:00 Uhr fand dann die offizielle Pressekonferenz des Ministers und der Gewerkschaftsvertreter statt.

Mein abschließendes Fazit

Ich möchte sagen, dass diese Verhandlungen erneut langwierig, schwierig und anstrengend waren, aber dennoch "harmonischer" verliefen, als die beiden zurückliegenden Tarifverhandlungen an denen ich bereits teilnehmen durfte.

Es liegt nun an der GdP und den Vertretern der Tarifkommission, diesen Abschluss nach außen an unsere Mitglieder zu kommunizieren und zu transferieren.

Eine persönliche Anmerkung möchte ich allerdings noch loswerden: Überwiegend habe ich ein sehr positives Feedback für meine Arbeit in und mit der Tarifkommission der GdP Hessen erhalten. Hierfür möchte ich mich bei allen recht herzlich bedanken.

Leider kann man es erfahrungsgemäß nicht allen recht machen, so dass mich auch negative bis sehr negative Stimmen zum Abschluss des neuen TV-H bereits auf der Nachhausefahrt und auch noch bis in die späten Abendstunden des 15. März auf verschieden sozialen Plattformen erreicht haben. Soweit in Ordnung, Kritik ist gut und richtig. Aber nicht warten, bis alles vorbei ist. Mein Vorschlag: **NICHT NUR JAMMERN, SONDERN EINFACH MITMACHEN UND EINMISCHEN!**

Markus Heiß

SIND FÜHRUNGSKRÄFTE „LEISTUNGSTRÄGER POLIZEI"

Wer sind eigentlich unsere Leistungsträger? Eine Führungskraft bei der Polizei trägt eine Reihe von Verantwortlichkeiten, die sie von vielen unterscheiden (sollen). Blicken wir sehr kurz darauf.

Leitung und Organisation:

Die Führungskraft ist in der Regel für die Organisation und Leitung einer bestimmten Abteilung oder Einheit verantwortlich. Dies kann die Überwachung von Operationen, das Ressourcenmanagement und die strategische Planung umfassen.

Entscheidungsfindung:

Führungskräfte bei der Polizei müssen oft komplexe Entscheidungen treffen, die teils erhebliche Auswirkungen, auch auf Mitarbeiter haben. Dies erfordert ein hohes Maß an Urteilsvermögen, strategischem Denken und Risikobewertung.

Personalmanagement:

Führungskräfte sind auch für das Management und die Entwicklung ihrer Mitarbeiter verantwortlich. Dies umfasst die Zuweisung von Aufgaben, das Coaching und Mentoring, die Durchführung von Leistungsbeurteilungen und die Förderung einer positiven Arbeitsumgebung.

Kommunikation:

Eine effektive Kommunikation ist entscheidend für Führungskräfte bei der Polizei, um klare Anweisungen zu geben und das Vertrauen sowohl innerhalb der Organisation als auch mit der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten.

Repräsentation:

Führungskräfte fungieren oft als Repräsentanten der Polizei und müssen in der Lage sein, die Interessen der Organisation zu vertreten und professionell auf herausfordernde Situationen zu reagieren.

Wer ist also ein Leistungsträger?

Eine Führungskraft bei der Polizei wird aufgrund der zusätzlichen Verantwortung anders bewertet als ein „normaler Streifenpolizist". Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird das alles heute nicht auch vom „normalen Schutzmann oder Schutzfrau" erwartet? Ich denke ja, wenn man auf den steinigen Weg zum ersten Führungsamt blickt. Das AQV sei gegrüßt.

Peter Wittig





Alle Bilder:GdP

HÄNDE WEG – WIR SIND EURE RETTUNG!

KEINE GEWALT GEGEN POLIZEI UND RETTUNGSKRÄFTE – DEMO IN FRANKFURT

Bereits seit vielen Jahren kämpft die GdP öffentlich und lautstark für einen besseren Schutz für Polizeibeschäftigte. Im Jahr 2009 gab es zum ersten Mal eine Initiative zur Strafverschärfung von Angriffen auf Vollstreckungsbeamte. Damals war es die Kampagne „§ 114 StGB jetzt", die unter anderem für mehr Abschreckung durch höhere Strafandrohung sorgen sollte.

Beginnend über den damaligen Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg, über seine Nachfolger wie Oliver Malchow, bis hin zum amtierenden GdP-Chef Jochen Kopelke, wird das Thema „Wer schützt die, die den Staat schützen?" in der Öffentlichkeit gehalten.

Der Landesvorsitzende Jens Mohrherr setzt weiterhin alle Hebel in Bewegung, um den Druck auf die Verantwortlichen aufrecht zu halten und Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit zu betreiben. Neben der erforderlichen Öffentlichkeitsarbeit gehört auch ein Aufruf zu einer Demonstration zu den Werkzeugen, der Bürgerschaft die Themenlage transparenter und vor allem präsenter zu machen.

Blaulichtfamilie auf der Straße

Aus diesem Grund gab es am Samstag, 4. Mai eine gemeinsame Demonstration mit der Feuerwehr und Rettungsdiensten in Frankfurt. Der Aufruf, der von GdP und Verdi an alle Beschäftigten aus den Bereichen Polizei, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Feuerwehr und Ordnungsbehörden gerichtet war, fand das Interesse mehrerer hundert Menschen.

Ausgang des Demonstrationszuges war das Allerheiligentor in Frankfurt. Der Protestmarsch ging kreuz und quer durch die Innenstadt und endete an der Wiege der Demokratie in Deutschland.

Die Paulskirche mit einer hergerichteten Bühne bildete eine hervorragende Kulisse für die Abschlusskundgebung unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit.

Eigentlich auch ganz passend, da die Blaulichtfamilie mit ihrer Arbeit auch die Demokratie in Deutschland schützt.

Politische Unterstützung

Als Redner traten auf:

- Prof. Dr. Roman Poseck
  der hessische Innenminister
- Mike Josef
  der Frankfurter Oberbürgermeister
- Frank Werneke
  ver.di-Bundesvorsitzender
- Peter Fischer
  Ehrenpräsident von Eintracht Frankfurt
- Alon Meyer
  Präsident Makkabi Deutschland und
- Norbert Fischer
  Präsident Landesfeuerwehrverband.

Sie alle riefen in ihren Grußworten die Bevölkerung auf, die Blaulichtfamilie zu unterstützen!

Jens Mohrherr machte einmal mehr deutlich, was die Stunde geschlagen hat. „Es darf nicht bei Lippenbekundungen bleiben" forderte er mehr Unterstützung aus der Politik beim Thema Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte. Es kann und darf nicht sein, dass Sanitäter bei der Versorgung verletzter Menschen gestört werden, oder dass Steine und Flaschen auf Polizisten oder Feuerwehrkameraden geworfen werden.

Justiz spielt eine entscheidende Rolle

Jens forderte unter anderem eine schnellere und konsequentere Abarbeitung solcher Delikte durch die Justiz. Die kann beispielsweise durch eine entsprechende Dezernatszuständigkeit bewerkstelligt werden.

Überlastete Staatsanwaltschaften und Gerichte können kaum zeitgerecht dieser Aufgabe nachkommen, ohne strukturelle und personelle Veränderungen. Und Veränderungen heißt in diesem Fall auch Verbesserungen.

Frankfurt am Main war aber auch viel zu oft Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen. Polizeibeschäftigte, und Angehörige von Feuerwehren und Rettungsdiensten waren Zielscheiben.

Die Bilder von brennenden Streifenwagen und Angriffen gegen das 1. Polizeirevier hier in Frankfurt stehen sinnbildlich als eingebranntes Zeichen „verabscheuungswürdiger Gewalt!" Gewalt gegen uns hat viele Facetten.

Auf starke Reden können wir verzichten

Verbale Gewalt ist das eine, das andere ist die körperliche Gewalt. Immer dann, wenn medial die Bilder von brennenden Feuerwehr- und Polizeifahrzeugen um die Welt gehen, ist unsere Gesellschaft wach.

Auch unsere Politiker überbieten sich immer dann mit Superlativen, was alles geschehen muss, damit die Gewalt endet!

Leider kommt es in Folge nicht dazu, dass politische Entscheidungsprozesse in Gesetzen münden, die in Folge durch die Justiz abgeurteilt werden können.

Rechtsstaat steht in der Pflicht

Der Rechtsstaat muss handeln! Durch schnelle und konsequente Verfolgung von Straftaten gegen Einsatzkräfte soll sichergestellt werden, dass in diesen Fällen die Reaktion dieses Rechtsstaats unmittelbar auf die Tat folgt. Die direkte Folge wird für die Täter spürbar und kann eine präventive Wirkung entfalten – sowohl für die Täter, als auch für Dritte, die durch die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden sollen.

Was macht die Gesellschaft?

Gehen die Bürgerinnen und Bürger beim Lesen solcher Schlagzeilen, oder auch bei der Berichterstattung in den Medien, immer wieder zur Tagesordnung über?

Ist es der Gesellschaft gleichgültig, was mit den steigenden Angriffen auf Repräsentanten des Staats ausgelöst wird?

Sind Angriffe auf Feuerwehrleute, Rettungskräfte und Polizisten längst Alltagssituationen, deren Berichterstattungen zu lästigen Randnotizen verkommen sind?

Wir, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste setzen uns tagtäglich für EURE Freiheit und Sicherheit ein, liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wir gewährleisten die Grundrechte, so wie sie das Grundgesetz vorsehen. Das ist und bleibt Kernaufgabe eines demokratischen Staates, der Schutz des friedlichen Protests muss durch den Staat gewährleistet werden.



Gemeinsame Bühne mit Politik, GdP und Rettungsdiensten



Kampagnenplakat der GdP Hessen



Teilnehmer während der Kundgebung

Gewalt ist keine Randnotiz

Deshalb darf das Thema Gewalt gegen diejenigen, die den Staat schützen, nicht als Randnotiz verkommen, sondern muss zentral in die Mitte der Gesellschaft getragen werden!

Darüber muss debattiert und argumentiert werden, andernfalls gefährden randalierende Verbrecher unsere Demokratie mehr, als viele wahrhaben wollen.

Und unsere Demokratie steht wie nie zuvor auf dem Prüfstand! Extremistische Scharfmacher und die AfD, aber auch andere, gehen bundesweit auf Stimmenfang. Der Ausgang der anstehenden drei Landtagswahlen in Ostdeutschland bereitet uns Sorgen!

Wir wollen keine Nazis!

Klare Kante: Wir wollen keine neuen Nazis oder Extremisten, weder in Frankfurt am Main, noch anderswo in Deutschland, schon gar nicht in Regierungsbeteiligung!

Auch Frank Werneke von Verdi legte nochmal den Finger in die Wunde. Er sprach deutlich seine Unzufriedenheit aus. Ein gutes Signal für diese Demonstration war die Erlaubnis, entgegen den sonstigen Demonstrationen die Uniform tragen zu dürfen.

Vor einigen Monaten noch undenkbar unter dem damaligen Ministerpräsidenten Bouffier und Innenminister Beuth.

Polizeiführung in der ersten Reihe

Mit Stefan Müller, Polizeipräsident des PP Frankfurt, und Thomas Schmidl, Leiter Einsatz beim PP Frankfurt, waren auch zwei Führungskräfte der hessischen Polizei vor Ort vertreten und unterstützten so die besondere Bedeutung des Themas.

In ihren Funktionen sind sie ebenfalls ständig mit dem Thema befasst und mussten auch schon die negativen Folgen miterleben, als beispielsweise Kollegen bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in den vorzeitigen Ruhestand entlassen werden mussten. Auslöser war der Angriff mit Molotowcocktails auf und in Einsatzfahrzeuge.

GdP wird keine Ruhe geben

Die GdP wird auch zukünftig präsent sein und Gewalt gegen die Beschäftigten an den Pranger stellen. Hier darf es kein Nachlassen geben. Genauso wenig darf es ein Verharmlosen oder Kleinreden geben.

„Hände weg! Wir sind eure Rettung" war ein gutes Motto für den Tag des Protests derer, die die Gesellschaft schützen oder retten sollen. ■

Klimpke/Mohrherr

SCHLUSS MIT DEN POLITISCHEN SCHEINDEBATTEN

WENN ETWAS SCHRECKLICHES PASSIERT, SIND ALLE EINIG – ABER NUR KURZFRISTIG

Wir haben uns bereits daran gewöhnt, dass Angriffe gegen Polizei, Rettungskräfte und andere Hilfsdienste offensichtlich nicht die Rückendeckung der gesetzgebenden und rechtsprechenden Verfassungsorgane haben.

Wie sonst ist es zu erklären, dass solche Vorfälle jeden Tag vorkommen und nichts passiert. Nichts? Nein, da ist schon etwas.

Schauen wir sie uns alle miteinander an, die scheinheiligen Politiker jeder Couleur, die sich nach solchen Angriffen regelmäßig zu Wort melden. Sie sind ja so betroffen und leiden mit den Opfern, also unseren Beschäftigten.

Sie verurteilen das, was seit Jahren an Unerträglichkeit kaum mehr zu überbieten ist. Der Respekt vor denen, die helfen wollen bzw. müssen, geht nicht verloren, nein, er ist nicht mehr ansatzweise vorhanden. Hinter jeder Tat steht ein langer Weg, den die Opfer bestreiten müssen.

Strafanzeigen, die oft durch die ebenfalls überlasteten Staatsanwaltschaften gar nicht mehr verfolgt werden.

Man kann den Satz kaum noch hören, wenn davon gesprochen wird, dass sei halt „Part of the job".

Es ist auch nicht mehr auszuhalten, dass beim Thema Rechtsschutz für Landesbedienstete das Land sich hinter verwobenen Richtlinien versteckt, auf der Suche nach Ablehnungsgründen.

Der Gipfel der Fassungslosigkeit tritt dann ein, wenn es doch einmal zu einer Hauptverhandlung vor einem Amtsgericht kommt. Ich habe davon als Vertreter von Kolleginnen und Kollegen viele begleitet und auch am eigenen Leibe erfahren müssen, was dies bedeutet.

Die Rollen werden komplett auf den Kopf gestellt. Die Täter werden zum Opfer gemacht und die negative Sozialprägung in den Mittelpunkt gestellt.

Dazu kommen dann noch die Vorwürfe der Unverhältnismäßigkeit von polizeilichen Maßnahmen. Also selbst schuld!

Mir graut es, wenn ich an Urteile denke, wenn sie denn überhaupt ausgesprochen werden. Oft sind es doch Einstellungen mit leichten Auflagen, Arbeitsstündchen oder Verwarnungsvorbehalten.

Auch dann kommen sie wieder aus der Deckung geschossen, unsere doch so betroffenen Verantwortungsträger in der Politik. Man möge es mir nachsehen, ich glaube kein Wort dieser geheuchelten Betroffenheit mehr.

Medial stellen sie sich selbst in den Mittelpunkt. Ich nehme keinen mehr ernst.

Denn wer über Jahre nicht politisch willens ist, seine medial verkündete Betroffenheit in Gesetze einfließen zu lassen, der sollte lieber schweigen.

Wie lange diskutieren wir schon über eine Gesetzesänderung, in der der generalpräventive Gedanke der §§ 113 oder 114 StGB eine Gewichtung erhält. Dann könnte die Justiz wirksame Grenzen setzen. Keine Geldstrafe oder Einstellung, sondern die Angriffe ächten. Den Glauben daran habe ich fast verloren, höre ich die Büttenreden vieler politisch Verantwortlicher. Machen sie es doch einfach! ■

Peter Wittig

DEMONSTRATION UND STREIK

FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN UND GERECHTE ENTLOHNUNG!





Demonstration vom 9. März 2024

Am 9. März 2024 versammelten sich ca. 800 Kolleginnen und Kollegen aus dem Rhein-Main-Gebiet in Frankfurt, um an einer eindrucksvollen Demonstration teilzunehmen. Die Demonstration stand neben den Tarifverhandlungen im Zeichen der Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, angemessener Personalausstattung und gerechter Entlohnung für alle Polizeibeschäftigten, egal ob Tarifbeschäftigte oder Beamte.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Demonstration brachten ihre Unzufriedenheit über die derzeitigen Zustände in Hessen zum Ausdruck. Die Arbeitsbelastung steigt stetig an, während die Personalausstattung nicht im gleichen Maße mitwächst. Für viele Bewerberinnen und Bewerber ist das Land Hessen als Arbeitgeber nicht attraktiv. Viele Beschäftigte klagen über hohe Arbeitsstunden und eine unzureichende Work-Life-Balance, was ihre physische und psychische Gesundheit gefährdet. Die Forderung nach einer angemessenen Personalausstattung wurde daher laut und deutlich vorgetragen, um sicherzustellen, dass die Polizei ihre Aufgaben effektiv erfüllen und die Sicherheit der Bürger gewährleisten kann. Auch die Forderungen für die Tarifverhandlungen wurden aufgestellt.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Demonstranten war die gerechte Entlohnung für ihre Arbeit. Die Polizeibeamten betonten, dass sie täglich ihr Leben riskieren, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bürger zu schützen. Angesichts dieser Opfer und des hohen Maßes an Verantwortung, das sie tragen, forderten sie die Landesregierung auf, endlich die gerichtlich festgestellte verfassungswidrige Besoldung zu korrigieren. Weiteres Thema war die Wochenarbeitszeit. Die derzeitigen 41 Wochenstunden gehört im Bundesvergleich zu den höchsten Arbeitszeiten. Der Fachkräftemangel lässt sich jedoch nur mit guten Arbeitsbedingungen beheben. Der Kampf um die besten Köpfe ist bereits im Gange, da kann man mit Arbeitsbedingen aus dem letzten Jahrtausend nicht punkten.

Die Unterstützung der Bevölkerung war ebenfalls spürbar, was zeigt, dass die Forderungen der Polizeibeamten auf breite Zustimmung stoßen. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Arbeit der Polizei und erkennen die Herausforderungen an, mit denen sie konfrontiert ist. Viele Passanten hatten Verständnis für unsere Forderungen. Auch der Abschluss am Roßmarkt war sehr gelungen. Für die GdP sprach Jochen Zeng.

Warnstreik am 12. März 2024

Die Warnstreiks im März 2024 waren eine Besonderheit. Während bei Streikaufrufen in den letzten Jahren die Beteiligung eher übersichtlich war hat nun auch bei dem Streik von verschiedenen DGB-Gewerkschaften in Frankfurt eine große Anzahl an Beschäftigten teilgenommen. Aufmerksamkeit erregten im Besonderen die Streiks im Bereich der Wachpolizei, da u.a. auch der Bereich des Gewahrsams in verschiedenen Präsidien betroffen war.

Generell handelt es sich beim Streikrecht um ein Grundrecht, das nicht so einfach auszuhebeln ist. Wenn der Gesetzgeber also der Ansicht ist, dass in gewissen Bereichen, wo die Arbeit vorher von Beamten erledigt wurde (z.B. bei der Wachpolizei oder bei den Lokführern) nun die Arbeit von Tarifbeschäftigten erledigt werden soll, muss er eben aber auch damit rechnen, dass diese, im Gegensatz zu den Beamten, streiken dürfen. Das schien für einige Verantwortliche eine neue Erkenntnis zu sein.

Gerade im Bereich der Wachpolizei war die Streikbereitschaft so groß, dass die Kolleginnen und Kollegen unter Lohnverzicht bei Streiks mitgemacht haben, zu denen andere Dachverbände aufgerufen haben, oder aber auch Nichtmitglieder mitgemacht haben, die ja keine Streikgelder bekommen. Dies macht deutlich, wie hoch der Leidensdruck derzeit ist.

Für die Arbeitgeber bedeutet ein Warnstreik eine Herausforderung, da er den normalen Geschäftsbetrieb stört. Gleichzeitig bietet er jedoch auch die Möglichkeit, die Anliegen der Beschäftigten ernst zu nehmen und konstrukti-



ve Lösungen zu finden, um den Konflikt beizulegen. Für die Anliegen aller Beschäftigten des Landes Hessen zogen vom sehr vollen DGB-Haus in Frankfurt ca. 3.000 Beschäftigte des Landes Hessen zur Hauptwache, wo verschiedene Redner die Abschlusskundgebung durchführten. Für die GdP sprach Heinz Schiskowsky.

Fazit

Insgesamt waren die Demonstration der GdP Hessen in Frankfurt am 9. März 2024 und der Warnstreik am 12. März 2024 ein kraftvolles Zeichen dafür, dass die Beschäftigten der Polizei nicht bereit sind, die aktuellen Zustände hinzunehmen. Sie sind entschlossen, für ihre Rechte einzutreten und auf die dringenden Probleme aufmerksam zu machen, mit denen sie konfrontiert sind. Eins ist sicher: Die Stimme der Polizei in Hessen wurde gehört, und sie wird weiterhin gehört werden, bis konkrete Verbesserungen erzielt werden. Die Polizei spielt eine unverzichtbare Rolle bei der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens und der Sicherheit. Ihre Arbeit trägt jeden Tag dazu bei, ein Gefühl der Sicherheit und Stabilität in der Gemeinschaft zu schaffen und ermöglicht es den Bürgern, frei und ohne Angst zu leben. Sie ist unverzichtbar für das reibungslose Funktionieren einer Gesellschaft. Daher müssen alle Polizeibeschäftigten fair entlohnt werden! ■

BZG SOH

INTERNATIONALER FRAUENTAG IM PP SOH

Am Freitag, 08.03.2024 war Internationaler Frauentag.

Die Frauengruppe der GdP hatte dazu die Idee, an die weiblichen Mitglieder einen pinkfarbenen Anhänger und eine Postkarte mit einem lustigen Pinguin zu verteilen.

Kollegin Tina Sauer (E 4) und ich übernahmen die Verteilung im PP-Gebäude.

Im Laufe der Aktion wurde die Gelegenheit genutzt, mit vielen Kolleginnen ins Gespräch zu kommen.

Es wurde über verschieden Themen, u.a. die anstehenden Tarifverhandlungen, Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, diskutiert und in die verschiedenen Abteilungen und Ebenen reingehört, wo der „Schuh drückt". Die Resonanz der Kolleginnen war durchweg positiv und man darf auf den nächsten internationalen Frauentag gespannt sein. ■

GdP.#immerda.

Sabine Spangenberg
(Bezirksgruppe SOH)





FRÜHJAHRSEMPFANG DEMOKRATIE LEBEN!

KURZWEILIGE VERANSTALTUNG IN RODENBACH

Das Interesse war groß und der Austausch überaus rege bei dieser Veranstaltung, zu der die Bürgermeister Stefan Erb (Erlensee) und Klaus Schejna (Rodenbach) eingeladen haben.

Die Veranstaltung startete mit einem kleinen Sektempfang sowie internationalen Köstlichkeiten und Musik von Rapper Matando aus Berlin. Kunst von Sanja Zivo und eine Fotoausstellung von Rafael Herlich ergänzten das Programm des Abends.

Die Vorstellung der Projekte und ihre Evaluation ist zugleich eine Visitenkarte für die nächsten Jahre, denn die Projektförderung läuft aus und muss demnächst neu beantragt werden.

Während der dreistündigen Veranstaltung fand eine interessante Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten Katja Leikert (CDU), Bundestagabgeordneten Lennard Oehl (SPD), Landtagsabgeordneten Max Schad (CDU) und Landrat Thorsten Stolz statt.

PHK`in Julia Koch als Schutzfrau vor Ort war ebenfalls vor Ort.

Es war eine kurzweilige Veranstaltung und wir wünschen dem Projekt weiterhin alles Gute! ■

Sabine Spangenberg
Kreisgruppe Main-Kinzig







SEMINAR „NEUES AUS DER BEIHILFE“



Ende März 2024 fand im Polizeipräsidium in Offenbach das Seminar „Neues aus der Beihilfe“ statt. Über 30 Personen waren der Einladung der Bezirksgruppe Südosthessen gefolgt. Als Referent fungierte der ehemalige Sachgebietsleiter der Beihilfestelle Hünfeld Gerhard Kaiser, der in seiner anschaulichen und unterhaltsamen Art das Thema präsentierte.

Gerhard Kaiser konnte den Teilnehmenden die unterschiedlichen Beihilfeanträge und ihren Verwendungszweck erklären. Ob nun der Langantrag, oder der Kurzantrag, die Anlage Pflege und den Antrag auf Abschlagszahlung wurde den Teilnehmern erklärt. Dabei ging Herr Kaiser auch intensiv auf die Fragen und individuellen Fallbeispiele des Publikums ein. Weitere Themen waren u.a. Verfahrensablauf für eine Heilkur, Anschlussheilbehandlung, stationären Rehabilitation oder die Vollmacht zur Regelung der Beihilferegelungen.

Markus Hüschenbett bedankte sich für die Bezirksgruppe für den informativen und unterhaltsamen Vortrag. ■

Markus Hüschenbett, Bezirksgruppe Südosthessen.

NEUER LEITER DER POLIZEISTATION MAINTAL



Andreas Thiem bei seiner Antrittsrede

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde Andreas Thiem vom Behördenleiter D. Muth offiziell in das Amt als Dienststellenleiter der Polizeistation Maintal eingeführt.

Außerdem bekam er die Beförderungsurkunde zum Ersten Polizeihauptkommissar überreicht. Bei seiner Antrittsrede machte Andreas Thiem klar:

"Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen, um mich gemeinsam mit ihnen in den Dienst für die Gesellschaft zu stellen und für ein größtmögliches Maß an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürgern in unserem Zuständigkeitsbereich zu sorgen, in dem es die vielfältigsten polizeilichen Aufgaben zu erfüllen gilt. All das erfordert ein sehr professionelles Handeln. Und dass hier sehr engagierte und fachlich kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Dienst versehen, konnte ich bereits feststellen. Den Kolleginnen und Kollegen möchte ich bei unseren alltäglichen Herausforderungen die bestmögliche Unterstützung geben."

Bei der Amtseinführung sprachen auch die Bürgermeisterin Monika Böttcher aus Maintal, Markus Hüschenbett für den Personalrat sowie Till Wisseler für die Polizeiseelsorge. Durch das Programm führte Sandra Schwan. Übereinstimmend wurde die gute Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Polizei gelobt und alle Anwesenden bekräftigten, diese fortzuführen und zu intensivieren um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.

Markus Hüschenbett überreichte für die GdP-Kreisgruppe Main-Kinzig während seines Grußworts eine Ahle Wurscht aus der Schwalm und lobte Andi Thiem für seine menschliche Art und die Fähigkeit auch Lösungswege außerhalb der ausgetretenen Pfade zu finden. Andreas Thiem war selbst schon vor vielen Jahren als Stellvertretender Dienstgruppenleiter in Maintal eingesetzt, und kennt das Dienstgebiet somit sehr gut.

Nach der offiziellen Amtseinführung klang die Feier mit angeregten Gesprächen in lockerer Atmosphäre aus. ■

Markus Hüschenbett,
Kreisgruppe Main-Kinzig
Fotos: PÖA PPSOH



Grußwort von Markus Hüschenbett



Markus Hüschenbett gratuliert Andreas Thiem

BERNHARD LANGER VERSTORBEN

ABLEBEN EINES URGESTEINS DER GDP HESSEN



Am 18.04.2024 verstarb EPHK a. D. Bernhard LANGER im Alter von 89 Jahren.

Der am 22.11.1934 in Neiße/Oberschlesien (heute: Nysa/Polen) geborene Bernhard Langer hatte nach seiner Schulzeit zunächst den Beruf des Bau- und Möbelschreiners erlernt. Nach erfolgreichem Abschluss dieser Lehre trat er am 01.04.1954 in den Polizeidienst ein, durchlief in seinem neuen Beruf die damals üblichen Ausbildungsstationen und absolvierte im Jahre 1957 den Hauptwachtmeisteranwärterlehrgang (HAL). Danach versah er zunächst mehrere Jahre Dienst bei der Polizeiverkehrsbereitschaft (PVB) Butzbach, die später die Bezeichnung Polizeiautobahnstation (PASt) Butzbach führte.

Gute 10 Jahre später, im Jahre 1968, wurde er nach erfolgreichem Abschluss des dafür erforderlichen Lehrgangs mit der Beförderung zum Polizeikommissar (PK) belohnt und einhergehend damit zum Polizeikommissariat Gelnhausen versetzt. Dort war er mehrere Jahre als Dienstgruppenleiter eingesetzt und in dieser Funktion auch zum POK befördert worden.

Bereits als junger Schutzmann war er in die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eingetreten und engagierte sich schon frühzeitig, um aus seiner Sicht notwendige Veränderungen innerhalb der Hessischen Polizei auf den Weg zu bringen. Von seiner DGL-Funktion bei der zwischenzeitlich zur „Polizeistation Gelnhausen" umbenannten Dienststelle wechselte er 1973 in den Personalrat der aus den verschiedenen Polizeidienststellen (einschließlich der Kriminalstationen) in den Altkreisen Schlüchtern, Gelnhausen und Hanau nun neu gebildeten„Polizeidirektion Hanau".

In diesem neuen Tätigkeitsgebiet lagen seine besonderen Themenschwerpunkte auf der Abschaffung von Dienstgradabzeichen, dem Forcieren der zweigeteilten Laufbahn sowie darauf, der Öffentlichkeit die Belastung der Polizei deutlich zu machen, um dadurch deren Stellenwert anzuheben und letztendlich eine Erhöhung der Besoldung zu erreichen.

Zudem war er in den 1980er Jahren stark bei der Versorgung der damals auf der Startbahn 18-West eingesetzten Polizeibeamten involviert.

Bernhard Langer gehörte viele Jahre über die Gewerkschaft der Polizei (GdP) dem Hauptpersonalrat der Hessischen Polizei an.

Nachdem er am 01.04.1992 zum EPHK befördert worden war, wurde er durch Verfügung des damaligen Personalbewirtschafters, dem Regierungspräsidium Darmstadt, mit Wirkung vom 20.08.1992 für den Hauptpersonalrat der Hessischen Polizei „freigestellt". Wenige Tage nach seinem 60. Geburtstag wurde er am 28.11.1994 in den Ruhestand versetzt.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass Bernhard Langer gemeinsam mit zwei weiteren Kollegen, Heinz Pult und Oswin Karolus, die „Polizeisozialhilfe Hessen e. V." (PSHH) gegründet hatte. Die PSHH kümmert sich noch heute um in Not geratene Polizeibedienstete des Landes Hessen.

Bernhard Langer wohnte zuletzt, gemeinsam mit seiner Ehefrau Theresia, im eigenen Heim in der Hanauer Weststadt.

Der Verstorbene hinterlässt seine Ehefrau, drei Töchter, einen Sohn und mehrere Enkel. Abschließend ebenfalls nicht unerwähnt soll sein, dass Bernhards Sohn seinerzeit in die Fußstapfen seines Vaters getreten und beim HLKA beschäftigt ist.

Die Trauerfeier fand am 03.05.2024 im kleinen Kreis auf dem Friedhof in Hanau-Kesselstadt statt.

Der Landesvorsitzende der GdP Hessen, Jens Mohrherr waren ebenso vertreten wie der örtliche Vorsitzende, Markus Hüschenbett und einige alte Weggefährten. ■

Norbert Tumbrägel

"ORGANISATIONSFRUST"

GEKRÄNKT, VERBITTERT – UND WEITER?

Ein Vortrag zur Frustrationsbewältigung und Entwicklung von Resilienz

Die Umfrage bzgl. der Zufriedenheit der Beschäftigten des Polizeipräsidiums Südosthessen im Herbst 2023 zeigte auf, wie unzufrieden ein großer Teil der Beschäftigten war. Das hatte neben Personalmangel, verfassungswidriger Besoldung u.a. auch strukturelle Probleme. Da über die Polizeiseelsorge im letzten Jahr bereits ein Seminar zum Thema Organisationsfrust durchgeführt worden war entstand die Idee, auch direkt in Südosthessen eine Veranstaltung durchzuführen. Für den Vortrag konnten Karsten Fechner von FKF, Barbara Görich-Reinel von der Polizeiseelsorge (beide hatten das Seminar der Polizeiseelsorge durchgeführt) und Monika Hohm von der Personalberatung gewonnen werden.

Organisationsfrust ist ein weit verbreitetes Phänomen, das in vielen Unternehmen und Arbeitsumgebungen auf-



Barbara Görich-Reinel und Karsten Fechner.

treten kann. Es manifestiert sich oft als Frustration, Unzufriedenheit oder sogar Resignation aufgrund von Hindernissen, ineffizienten Prozessen oder unklaren Kommunikationsstrukturen innerhalb einer Organisation. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und eine gesunde und lebenswertere Arbeitsumgebung zu fördern, war ein Seminar über den Umgang mit Organisationsfrust von großer Bedeutung. Gemeinsam sollten auch Lösungsansätze erarbeitet und der Austausch gefördert werden.

Im Folgenden werden einige der Schlüsselpunkte und Erkenntnisse aus diesem Seminar zusammengefasst:

1. Ursachen von Organisationsfrust identifizieren:

Ein zentraler Schwerpunkt des Seminars lag auf der Analyse der verschiedenen Ursachen von Organisationsfrust. Dazu gehören unter anderem unklare Rollen und Verantwortlichkeiten, mangelnde Kommunikation, ineffiziente Entscheidungsprozesse und ein unzureichendes Arbeitsumfeld. Indem die Teilnehmer diese Ursachen identifizierten, konnten sie gezielt Maßnahmen zur Verbesserung ergreifen.

2. Kommunikation und Transparenz fördern:

Eine offene und transparente Kommunikation wurde als Schlüsselfaktor zur Bewältigung von Organisationsfrust hervorgehoben. Durch klare Kommunikationswege und den Austausch von Informationen auf allen Ebenen können Missverständnisse reduziert und das Vertrauen der Beschäftigten gestärkt werden.

3. Mitarbeiterengagement fördern:

Engagierte Beschäftigte sind weniger anfällig für Organisationsfrust und tragen maßgeblich zum Erfolg einer Behörde bei. Führungskräfte können dazu beitragen, ein Umfeld zu schaffen, das Mitarbeitermotivation und -engagement fördert, indem sie ihre Fähigkeiten anerkennen, sie in Entscheidungsprozesse einbeziehen und Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

4. Hilfsangebote nutzen:

Innerhalb der Behörde gibt es eine Vielzahl von „Helfern", an die man sich wenden kann, z.B. Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte, die Schwerbehindertenvertretung, die Personalberatung (im Vortrag vorgestellt von Monika Hohm), die Polizeiseelsorge, den Pflegeguide oder die Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) und nicht zuletzt die GdP.

5. Unterschiede erkennen:

Depression und posttraumatische Verbitterungsstörung (PTVS) sind zwei verschiedene psychische Zustände. Depression äußert sich durch anhaltende Traurigkeit, Interessenverlust und körperliche Symptome. Ursachen können genetische Veranlagung, biochemische Ungleichgewichte oder traumatische Ereignisse sein.

PTVS zeigt intensive Gefühle von Verbitterung, Wut und Unfähigkeit, mit einem Trauma umzugehen. Die Störung tritt als Reaktion auf ein signifikantes Ereignis wie z.B. beleidigende Geringschätzung der eigenen Arbeit durch Vorgesetze (gerade im Polizeibereich immer mit dem Thema Beurteilung verbunden) uvm auf. Das Hauptmerkmal ist die Verbitterung, begleitet von Schlafstörungen, Appetitverlust, sozialem Rückzug und ähnlichen Symptomen. Im Gegensatz zur Depression konzentriert sich PTVS spezifisch auf die Verbitterung und das Unvermögen, mit dem Trauma umzugehen.

6. Jeder geht anders mit Organisationsfrust um:

Jeder geht anders mit dem Thema Organisationsfrust um. Die einen machen Dienst nach Vorschrift, andere bewerben sich auf andere Stellen oder verlassen die Polizei gänzlich. So gab es im letzten Jahr 6 Kündigungen/Bitten um Entlassung im PP SOH, eine Zahl, die noch vor wenigen Jahren undenkbar schien, denn schließlich hatte man ja einen sicheren Arbeitsplatz. Zielführender wäre da natürlich eine Aufarbeitung der ganz verschiedenartigen Ursachen für Organisationsfrust. Die Polizeiseelsorgerin Barbara Görich-Reinel brachte auch den Ansatz der Vergebung mit in die Diskussion.

Fazit:

Insgesamt bot das Seminar wertvolle Einblicke und praktische Strategien für den Umgang mit Organisationsfrust. Indem Organisationen die identifizierten Ursachen angehen, die Kommunikation verbessern, Flexibilität fördern, Freude an der Arbeit steigern und eine echte, gelebte Fehlerkultur pflegen, können sie eine positive Arbeitsumgebung schaffen, in der Polizeibeschäftigte mehr Freude und Zufriedenheit an ihrer Tätigkeit haben. ■

Markus Hüschenbett,
GdP-Bezirksgruppe Südosthessen
Foto: Hüschenbett

Gut,
dass es sie gibt.

Gewerkschaft der Polizei
www.gdphessen.de

JAHRESABSCHLUSS 2023

WEIHNACHTSFEIER DES SENIORENSTAMMTISCHES DER KG MAIN-KINZIG

Am 12. Dezember hatte der Seniorenvorsitzende, Norbert Tumbrägel, zur traditionellen Weihnachtsfeier der Seniorinnen und Senioren eingeladen.



Über dreißig Kolleginnen und Kollegen, größtenteils mit Partnerinnen und Partnern, konnte er im Gasthaus Krone in Hüttengesäß begrüßen.

Zunächst ließ Norbert Tumbrägel das Jahr 2023 aus Seniorensicht einmal Revue passieren:

Ende Januar fand die Informationsveranstaltung zum Thema „Vorsorge leicht gemacht" statt. Diesmal trafen sich die Seniorinnen und Senioren in Bad Hersfeld. Referenten waren unser neuer Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerk und der LBG-Vorsitzender Karsten Bech. Der Seniorenvorsitzender der Bundespolizei, Peter Schütrumpf, konnte als Gastreferent aus seinen Erfahrungen im Seniorenbereich berichten; ebenso wie der Leiter der Beihilfestelle in Hünfeld, Gerhard Kaiser.

Am 23.03. haben wir als BZG SOH an einem Warnstreik von VERDI in Hanau für die anstehenden Tarifverhandlungen im TVÖD mit dem harten Kern von Stadt- und Ordnungspolizei teilgenommen. Gemeinsam ging es vom Kurt-Blaum-Platz zum Freiheitsplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Ihr kennt die Ergebnisse. Schade ist, dass sie nur im Bund für die Angestellten und Beamten gilt. Aber die nächsten Verhandlungen mit dem Land Hessen stehen bereits am 14. Februar an. Unser Tarifvertrag des Landes Hessen ist am 31. Januar 2024 ausgelaufen. Die Forderungen sind 500 €, mindestens aber 10,5 % mehr.

Am 04.04. fand unser Stammtisch mit 12 Kolleginnen und Kollegen in neuen Polizeipräsidium Offenbach statt. Dort wurden wir von Markus Hüschenbett geführt und nach Durchschreiten der imposanten Eingangshalle im Raum Kaiserpfalz empfangen. Er wurde tatkräftig von Frank Laudahn unterstützt. Zu sehen gab es die riesigen Fahrzeughallen, in denen Tatfahrzeuge komplett getrocknet und anschließend spurentechnisch untersucht werden können. Weiterhin konnten wir unterschiedliche Labore für die verschiedenen Untersuchungstechniken besichtigen. Imposant waren auch der Fitnessraum und die Leitstelle. Zum Abschluss ging es in die Kantine, in welcher wir das von der GdP gesponserte Mittagessen einnahmen.

Unsere Wanderung Bunker und Wein, bereits mehrfach vorbereitet von Markus Hüschenbett, konnte dieses Jahr endlich stattfinden. Am 12.05. waren knapp unter 20 Kolleginnen und Kollegen, sowie Partnerinnen und Partner, der Einladung gefolgt. Es wurden Ruinen der Schützenbunker der Wetterau-Main-Tauber Stellung besucht. Anschließend ging es in den Michelbacher Weinberg.

Am 03.06. fand die STRONG VIKING Tour in Wächtersbach statt. So galt es, neben Schlammgräben zu durchwaten, weitere schmierige Hindernisse zu überwinden. Die Bezirksgruppe hatte eingeladen und beteiligte sich beim Startgeld. Es wurden Distanzen zwischen 4 und 42 Kilometern angeboten. 13 Mitglieder haben sich das angetan. Betreut von unserer Kreisgruppe hatte alles Katja Uffelmann.

Unser diesjähriges Sommerfest fand am 01. August wie gewohnt bei Norbert Tumbrägel statt. Leider spielte das Wetter nicht mit, so dass die Location kurzerhand in Wohnzimmer und Terrasse verlegt wurde. Mit 23 Gästen war es wieder ein gelungenes Fest.

Am 13.10. fand unsere Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Kaufmann`s in Gelnhausen Meerholz statt. Zahlreiche Aktive und Passive waren dem Aufruf gefolgt. Neben unserem Landrat, Thorsten Stolz, waren auch die neue Kriminaldirektorin der PD Main-Kinzig, Ute Jacobs, der Landesvorsitzende Jens Mohrherr und der Vorsitzende der Kreisgruppe Offenbach, Stefan Wagner, anwesend. In dieser Sitzung wurde Sabine Spangenberg als neue Kreisgruppenvorsitzende gewählt.

Zum Ende seiner Rede wünschte Norbert Tumbrägel allen Gästen zunächst einen schönen Abend, eine besinnliche Adventszeit, schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch in das Jahr 2024.

GdP MKK





GESUNDHEITSANGEBOT

WARUM GANZHEITLICHE GESUNDHEITSANGEBOTE SINN MACHEN

Eine halbe Stunde den Rückenkurs (als Beispiel für ein Gesundheitsangebot) besuchen, und das regelmäßig, stärkt die Rumpfmuskulatur, erhöht die Mobilität in vielen Körperbereichen und ölt unseren „eingerosteten Körper".

Soweit, so gut. Ist dir bewusst, was darüber hinaus solche Besuche, egal welches Kurses, bewirken?

- Wenn ich die Teilnehmer unserer Gesundheitsangebote beobachte, so ist es nicht zu übersehen, dass die Stimmung im Verlauf der Einheit immer steigt. Dies bewirkt eine Erhöhung der Motivation, eine bessere Ausgeglichenheit, neue Kraft für den Arbeitstag und vieles mehr...
- Teilnehmerinnen aus verschiedenen Organisationseinheiten tauschen sich auch über Arbeitsthemen aus, bekommen Informationen und finden Lösungen für Themen zwischen verschiedenen Dienststellen. Und sei es nur, dass ein Thema schneller bearbeitet wird, da sich die zwei Kolleginnen aus dem Gesundheitsangebot kennen...
- Gesundheitsangebote sorgen für die „mentale Pause", die an stressigen Arbeitstagen und dazwischen elementar ist, um anschließend wieder mit neuer Energie anzugreifen...
- Gesundheitsangebote sorgen dafür, dass sich immer mehr Netzwerke zwischen den Kollegen bilden, die sowohl für eine gute positive Kultur, TEAMbuilding als auch für eine erhöhte Produktivität entscheidend sind...

Unser Ansinnen im PPSOH ist es, die Gesundheitsangebote für alle immer breiter aufzustellen, so dass jede/r etwas für sich findet, das der Gesundheit guttut. Früher kamen Gesundheitsangebote fast ausschließlich aus der physisch sportlichen Schiene, inzwischen nimmt die mentale Schiene einen immer größer werdenden Stellenwert ein. So überrascht es nicht, dass Angebote wie geführte Meditation oder Trommeln immer mehr Zulauf bekommen.

Dies ist für viele noch ungewohnt, wird sich aber aus unserer Sicht in den nächsten Jahren immer mehr durchsetzen. Dass auch immer mehr Führungskräfte die Angebote für sich nutzen, ist ein klares Indiz dafür, dass das Gesundheitsbewusstsein steigt. In einer Gesellschaft und Arbeitswelt mit zunehmender Belastung an Reizen, führt kein Weg daran vorbei, noch aktiver auf die eigene Gesundheit zu schauen bzw. als Führungskraft durch eigenes Vorangehen die eigene Mannschaft mitzunehmen. ■

Alexander Daut

ANLASSEN



Am 21.04.24 fand das 43. traditionelle Anlassen der Maschinen in der Bergkirche Niedergründau statt.

Das Motto lautete: **„Aufgeladen unterwegs."** Trotz widriger Witterungsbedingungen (Schneefall, Regen und Kälte), nahmen ca. 150 Hartgesottene an dem Bikergottesdienst und dem Korso teil. Unter Leitung von Bikerpfarrer Thorsten Heinrich und der Landeskradstaffel (Leitung EPHK Robert-Pierre Jamin und Thorsten (Toaster) Pfeiffer) verlief die Veranstaltung wie immer harmonisch und ohne besondere Vorkommnisse.

Für Bikerpfarrer Thorsten Heinrich, EPHK Robert-Pierre Jamin und PHK Thorsten (Toaster) Pfeiffer war es die letzte Veranstaltung in der Führungsverantwortung.

Alle Drei bedankten sich für die jahrzehntelange harmonische, konstruktive, zielführende und menschliche Zusammenarbeit. Das ist in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich.

Viel Glück für ALLE Fahrten, egal ob auf zwei oder vier Rädern. ■

Thorsten Pfeiffer
GdP KG MK



SENIORENSEMINAR VOM 23.–25.04.2024 IN ZELLA

Schnell ausgebucht

Sehr schnell gingen viele Anmeldungen in der Geschäftsstelle ein. Dass Zella eine Reise wert ist, hat sich in der GdP Hessen herum gesprochen. Man entschied sich, zunächst nur Kolleginnen und Kollegen zu berücksichtigen, welche in den letzten Jahren das Seniorenseminar noch nicht besucht hatten.

Wer keine Berücksichtigung fand, konnte seine Bereitschaft erklären, als Nachrücker erfasst zu werden. Das Seminar begann mit 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (inklusive der Partnerinnen bzw. Partner). Es war damit voll besetzt. Zu den Teilnehmern gesellten sich Harald Dobrindt (für den Seminarablauf zuständig) und Karl Heinrich Braun (genannt Charly) der Techniker des Seminars. Bei seinen Bemühungen um Bild und Ton unterstützte ihn der Seminarteilnehmer Harald Zwick. Außerdem kümmerte Charly sich um die finanzielle Abwicklung.

Zeitweise dabei war auch der Landesseniorenvorsitzende Bernd Braun. Für notwendige Informationen und die Organisation der Besichtigung von Ziegenhain nahm zeitweise Kollege Hans-Joachim Barwe (genannt Urmel) teil. Es gelang leider nicht, alle zu einem Gruppenfoto zusammen zu bekommen. Geplant war es in der ersten Mittagspause. Einige waren immer unterwegs. Ein etwas abgespecktes Gruppenfoto entstand dennoch.



Aktuelle gewerkschaftliche Themen

Der Landesseniorenvorsitzende Bernd Braun berichtete. Einen kurzen Blick warf man auf die anstehenden Personalratswahlen in Hessen. Bernd Braun informierte über das neue Polizeipräsidium Einsatz. Er sprach die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte an. Auf drei Themen ging er intensiver ein. Diese sind hier auch nur kurz erwähnt, da an anderer Stelle in den GdP-Publikationen ausführlich berichtet wird. Bernd Braun schilderte seine Erfahrungen bei den Tarifverhandlungen in Hessen. Das Ganze die Nacht hindurch bis zum frühen Morgen. Letztlich ein Ergebnis, das längst nicht alle Wünsche erfüllt.

Man denkt aber, dass man damit leben kann. Bedauert wurde in dem Seminar, dass zu wenig für die Rentnerinnen und Rentner geschieht. Der GdP-Bundesseniorenvorstand hat auch für sie eine Einmalzahlung (Inflationsausgleich) gefordert.

Ein Dauerthema für die GdP ist die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Ein Ärgernis stellt für die Beamtinnen und Beamten die lange Bearbeitungszeit bei der Beihilfe dar. Außerdem erreicht man bei der Beihilfestelle kaum jemand, der einem eine Auskunft gibt.

Im Juli trifft sich der Landesseniorenvorstand zu einer Klausursitzung. Dort wird auch der Innenminister erwartet. Mit ihm werden die Themen besprochen. Harald Dobrindt bringt einen Vorschlag ein. Der Landesvorstand wird gebeten, für alle Beamtinnen und Beamten in Hessen ein Formular zu entwickeln, welches an das Innenministerium gesandt werden kann. Darin könnten unsere Mitglieder die lange Bearbeitungszeit der Beihilfe bemängeln.

Vorstellungsrunde – Erfahrungen und Erwartungen im Ruhestand

Eine Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stand auf dem Programm. Inhalte waren ehemalige dienstliche Funktionen und besondere Ereignisse im Dienst. Die ehemaligen und aktuellen Aktivitäten der Sitzungsteilnehmer in der GdP fanden Erwähnung. Außerdem welches die Erwartungen an die GdP sind.

Aus dem privaten Bereich schilderten die Teilnehmer ihr familiäres Umfeld und ihre Hobbys. In welchen Vereinen und Verbänden waren oder sind sie noch aktiv. Jeder/Jede trug etwas mit eigener Schwerpunktsetzung vor. So entstand ein bunter Strauß von interessanten Informationen.

Das Gehirn

Erstmals referierte Ludwig Möller bei der GdP Hessen. Unser Gehirn, ein nicht so einfaches Thema. Er tat es in einer lockeren, lustigen und spannenden Art. Das Zuhören war nie langweilig. Unser Gehirn steuert die Körperfunktionen wie Bewegungen, Sehen, Hören, Riechen. Die drei Teile des Gehirns sind zuständig für Instinkte, Gefühle und Denken. Die Funktionen der rechten und linken Gehirnhälfte erläuterte Herr Möller. Ob-



Neuer Referent Ludwig Möller



Stadtführung in Ziegenhain

wohl unser Gehirn nur 2 % des Körpergewichts ausmacht, benötigt es ein Fünftel der Gesamtenergie des Körpers und 20 % des Sauerstoffs. Es muss wie jeder Muskel trainiert werden, um aktiv zu bleiben.

Praktische Übungen führte der Referent mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars durch. Ihnen wurden die optischen Vorlagen des Vortrages per Mail übersandt. So kann Jeder/Jede das Gehörte nochmal nacharbeiten.

Besichtigung Ziegenhain

Bei der Fülle der angebotenen Informationen ist für die ältere Generation eine Pause erforderlich. So wurde am Nachmittag des zweiten Seminartages die Möglichkeit der Besichtigung von Ziegenhain gerne angenommen. Hans-Joachim Barwe (Urmel) hatte wie immer alles perfekt organisiert. Ein sachkundiger Führer in historischer Bekleidung erklärte die Stadt und das Gefängnis.

Ziegenhain – eine Stadt mit viel Geschichte, historischen Gebäuden und einem Wallgraben. Viele Exponate gab es im Schwälmer Heimatmuseum zu sehen. Eine Schwälmerin erklärte engagiert die Geschichte der Menschen. In der Pause zwischen beiden Führungen gab es Kaffee und Kuchen in einem historischen Gewölbe.

Beihilfe – Pflegeberatung – Vorsorge

Von bewährten Referenten und Referentinnen wurden die Themen vorgetragen. Zunächst erläuterte Gerhard Kaiser Grundsätze der Beihilfe. Was zahlt die Beihilfe für Pensionäre oder für Angehörige im Pflege- und im Todesfall. Die verschiedenen Arten der Pflege, z.B. häusliche Pflege durch Angehörige oder einen Pflegedienst, Kurzzeitpflege im Pflegeheim, Heimaufenthalt, sprach der ehemalige Abteilungsleiter der Beihilfestelle an. Er stand auch nach dem Vortrag für persönliche Fragen der Sitzungsteilnehmer zur Verfügung.

Als Referentinnen von der Pflegeberatung COMPASS waren Frau Riedel (zuständig für den Bereich Fulda) und Frau Wilhelm (zuständig für den Bereich Gießen) erschienen. COPASS berät kostenlos Mitglieder der privaten Krankenversicherungen. Für die gesetzlichen Kassen sind die Beratungsstellen bei den Kreisverwaltungen zuständig. COMPASS erreicht man unter der Telefonnummer 0800 101 88 00. Beraten wird über Pflegestufen und was man in bestimmten Fällen erhalten kann. Die Leistungen aus der Pflegeversicherung sind bei allen Kassen gleich. Die Pflegeversicherungen decken immer nur einen Teil der entstehenden Kosten ab.

Sehr oft referierte schon bei der GdP Hessen Peter Schütrumpf. Er ist der Seniorenvorsitzende der Bundespolizei. Seine Themen waren Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung und der Notfallordner. Nachlesen können das Vorgetragene die Kolleginnen und Kollegen noch in der überreichten GdP-Broschüre „Sicher vorsorgen".

Abschlussgespräch

Im Seminarplan stand „Seminarkritik". Ein Teilnehmer äußerte, dass er sehr schnell fertig sei, denn er habe nichts zu kritisieren. Alles sei gut gewesen. Dies betreffe die Versorgung im Hotel Bechtel, die Referenten, den Seminarablauf und die Betreuung durch die Mitglieder des Landesseniorenvorstandes.

Verschiedene Änderungsvorschläge wurden eingebracht. Diese aber nach genauer Betrachtung wieder verworfen. So blieb nur noch der Wunsch, dass die GdP Hessen dieses Seminar den Mitgliedern noch möglichst oft anbietet. ■

Text und Fotos
Harald Dobrindt

SENIORENGRUPPE
Gewerkschaft der Polizei



